

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Datenschutz aufgabengerecht finanzieren“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	06	Datenschutz und Informationsfreiheit
Produktbereich:	06.01	Datenschutz+Informationsfreiheit FHB (L)
Produktgruppe:	06.01.01	Beratung/Kontrolle/Berichterstellung (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 806 Tsd. € um 250 Tsd. € auf 1.056 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 783 Tsd. € um 250 Tsd. € auf 1.033 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen
Kapitel:	0029	Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Titel:	422 01-0	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 505.630 € um 250.000 € auf 755.630 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 486.810 € um 250.000 € auf 736.810 € erhöht.

Erläuterung:

Der Produktplan 06 ist nach wie vor unterfinanziert. Allein um den jetzigen Personalbestand auszufinanzieren, wäre eine Erhöhung um 187.000 € nötig. Hinzu kommen aber auch fachliche Mehrbedarfe wegen der neu in Kraft tretenden EU-Datenschutzgrundverordnung, die einen weiteren Aufgabenbereich darstellt. Die Datenschutzbehörden der anderen Bundesländer haben dafür bereits eine Personalaufstockung bekommen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Amtsangemessene Besoldung Polizei“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres
Produktbereich:	07.01	Polizei (L)
Produktgruppe:	07.01.01	Polizeivollzug (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 116.173 Tsd. € um 2.000 Tsd. € auf 118.173 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 114.368 Tsd. € um 2.000 Tsd. € auf 116.368 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	422 11-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 100.478.410 € um 2.000.000 € auf 102.478.410 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 99.956.540 € um 2.000.000 € auf 101.956.540 € erhöht.

Erläuterung:

Der Stellenplan kann eine amtsangemessene Besoldung nicht mehr sicherstellen, es gibt einen "Beförderungsstau" - d.h. Beamte verrichten Aufgaben, ohne dafür entsprechend besoldet zu werden. Mit diesem Geld sollen Stellenhebungen ermöglicht werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Unbezahlte Überstunden Polizei abbauen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres
Produktbereich:	07.01	Polizei (L)
Produktgruppe:	07.01.01	Polizeivollzug (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 116.173 Tsd. € um 2.287 Tsd. € auf 118.460 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 114.368 Tsd. € um 2.287 Tsd. € auf 116.655 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	422 11-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Polizeivollzug)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 100.478.410 € um 2.287.000 € auf 102.765.410 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 99.956.540 € um 2.287.000 € auf 102.243.540 € erhöht.

Erläuterung:

Die Polizei schiebt unbezahlte Überstunden i.H.v. 6 Mio vor sich her. Es braucht ein tragfähiges Konzept zur Ausbezahlung. Die hier eingestellten Mittel werden gegenfinanziert durch Einsparungen bei den Verstärkungsmitteln für „Sichere und Saubere Stadt“.

Gegenfinanzierung:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:		Nicht im Produktgruppenplan abgebildet.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0995	Allgemeines
Titel:	971 12-7	Globale Mehrausgaben (Verstärkungsmittel für Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt, Digitale Verwaltung, Bürgerservice)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 20.000.000 € um -2.287.000 € auf 17.713.000 € erniedrigt.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 20.000.000 € um -2.287.000 € auf 17.713.000 € erniedrigt.

Erläuterung:

Bei den Anschlägen für das Handlungsfeld „Sichere und Saubere Stadt“ sollen die folgenden Vorhaben **nicht** ausgeführt werden:

- Landesamt für Verfassungsschutz: 16 neue Stellen und erhöhung konsumtive Mittel (955.000 €)
- Polizei: Ausrüstung und 12 neue Stellen für Fußfessel- und Telekommunikationsüberwachung (732.000 €)
- Polizei: Ausrüstung und 8 neue Stellen für Videoüberwachung (600.000 €)

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Fuhrpark Polizei erneuern“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	07	Inneres
Produktbereich:	07.01	Polizei (L)
Produktgruppe:	07.01.01	Polizeivollzug (L)

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 2.652 Tsd. € um 2.000 Tsd. € auf 4.652 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 2.630 Tsd. € um 2.000 Tsd. € auf 4.630 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	00	Bürgerschaft,Senat,Rechnungshof,Staatsgerichtshof, Bundesangelegenheiten,Datenschutz,Inneres,Frauen
Kapitel:	0034	Polizei Bremen
Titel:	811 10-5	Erwerb von Kraftfahrzeugen einschließlich Ausrüstung

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 950.000 € um 2.000.000 € auf 2.950.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 950.000 € um 2.000.000 € auf 2.950.000 € erhöht.

Erläuterung:

Zusätzliche Investitionsmittel für den Fuhrpark, der überaltert ist.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Personal JVA aufstocken“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	11	Justiz
Produktbereich:	11.04	Justizvollzug (L)
Produktgruppe:	11.04.01	Justizvollzugsanstalt Bremen (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 15.914 Tsd. € um 800 Tsd. € auf 16.714 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 15.846 Tsd. € um 800 Tsd. € auf 16.646 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	01	Justiz und Verfassung, Sport
Kapitel:	0120	Justizvollzugsanstalt Bremen
Titel:	422 01-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 10.632.400 € um 800.000 € auf 11.432.400 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 10.608.790 € um 800.000 € auf 11.408.790 € erhöht.

Erläuterung:

Aufstockung des Personals in der JVA Bremen im Bereich Werkdienst und Allgemeiner Vollzugsdienst: Die eingestellten Mittel erlauben die Finanzierung von 20 zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Vollzugsdienst (AVD) und Werkdienst. Dies ist dringend notwendig: das Personal der JVA ist aufgrund der gestiegenen Belastungen nicht mehr in der Lage, mehr als die absolut basalen Grundaufgaben des Strafvollzugs zu bewältigen. Für die Förderung der Resozialisierung der Gefangenen kann das Personal kaum noch Zeit und Arbeitskapazität aufwenden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „LIS und Schulaufsicht stärken“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	21	Bildung
Produktbereich:	21.04	Schul- und schülerbezog. Förderungen (L)
Produktgruppe:	21.04.02	Landesinstitut für Schule (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 16.052 Tsd. € um 850 Tsd. € auf 16.902 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 15.953 Tsd. € um 850 Tsd. € auf 16.803 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0230	Landesinstitut für Schule
Titel:	422 01-0	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 3.590.800 € um 850.000 € auf 4.440.800 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 3.512.500 € um 850.000 € auf 4.362.500 € erhöht.

Erläuterung:

Das LIS muss 12 zusätzliche Stellen erhalten, um mehr Referendar*innen ausbilden zu können. Außerdem ist das LIS und die Schulaufsicht von der PEP-Quote betroffen, die zusammen ca. 5 Stellen einzusparen hätten. Die PEP-Quote soll jedoch generell ausgesetzt werden, dazu gibt es einen eigenen Änderungsantrag.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Landesprogramm Offensive für Fachkräfte sicherung in der Kindertagesbetreuung“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	21	Kinder und Bildung
Produktbereich:	21.08	Kinderförderung (L)
Produktgruppe:	21.08.01	Tagesbetreuung (L)

Der Anschlag bei den Relevanten Verrechnungen/Erstattungen wird für das Jahr 2018 von 18.330 Tsd. € um 4.000 Tsd. € auf 22.330 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Relevanten Verrechnungen/Erstattungen wird für das Jahr 2019 von 17.530 Tsd. € um 4.000 Tsd. € auf 21.530 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0202	Allgemeine Bewilligungen für Kinderbetreuung
Titel:	548 90-8 (neu)	Landesprogramm „Offensive für Fachkräfte sicherung in der Kindertagesbetreuung“

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 4.000.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 4.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Um dem Fachkräftemangel in den Kitas entgegenzuwirken, mehr junge Menschen für die Ausbildung zu gewinnen und den Beruf in Bremen und Bremerhaven attraktiver zu machen, ist einerseits eine Höhergruppierung der Erzieher*innen in die Stufe 8b SUE des TvÖD erforderlich und anderseits müssen verstärkte Mittelfür die Ausbildung/berufsbegleitende Weiterbildung von Sozialassistent*innen und Kinderpfleger*innen aufgewendet werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Grundhaushalt Universität erhöhen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.01	Hochschulen (Sonderhaushalte) (L)
Produktgruppe:	24.01.01	Universität Bremen (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 137.902 Tsd. € um 8.000 Tsd. € auf 145.902 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 138.220 Tsd. € um 8.000 Tsd. € auf 146.220 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung , Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0274	Zuschüsse an die Hochschulen
Titel:	div.	Zuschuss zu den Personalausgaben / Sachausgaben der Universität

Die Anschläge werden für das Jahr 2018 nach Maßgabe des Ressorts um 8.000.000 € erhöht.

Die Anschläge werden für das Jahr 2019 nach Maßgabe des Ressorts um 8.000.000 € erhöht.

Erläuterung:

Der Grundhaushalt der Universität muss erhöht werden, um das strukturelle Defizit auszugleichen. Nur so lassen sich weitere akute Kürzungen verhindern, die Qualität der Lehre verbessern, die Frauenförderung ausbauen und verbessern, Drittmittelabhängigkeit eindämmen, und Spielräume für die inhaltliche Weiterentwicklung der Universität schaffen. Außerdem enthalten: Planungsmittel für ein neues Lehrgebäude.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Grundhaushalt Hochschule Bremen erhöhen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.01	Hochschulen (Sonderhaushalte) (L)
Produktgruppe:	24.01.02	Hochschule Bremen (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 40.582 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 42.082 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 40.374 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 41.874 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0274	Zuschüsse an die Hochschulen
Titel:	div.	Zuschuss zu den Personalausgaben / Sachausgaben der Hochschule Bremen

Die Anschläge werden für das Jahr 2018 nach Maßgabe des Ressorts um 1.500.000 € erhöht.

Die Anschläge werden für das Jahr 2019 nach Maßgabe des Ressorts um 1.500.000 € erhöht.

Erläuterung:

Der Grundhaushalt der Hochschule Bremen muss erhöht werden, damit das sog. Konsolidierungsziel überhaupt erreicht werden kann. Damit ist nur eine quantitative Mindestabsicherung erreicht, neue qualitative Ziele (u.a. Lebenslanges Lernen) lassen sich damit noch nicht umsetzen. Der Studiengang Soziale Arbeit muss damit ebenfalls gestärkt werden. Frauenförderung muss ausgebaut und verbessert werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Grundhaushalt HfK erhöhen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.01	Hochschulen (Sonderhaushalte) (L)
Produktgruppe:	24.01.03	Hochschule für Künste (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 13.360 Tsd. € um 700 Tsd. € auf 14.060 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 13.383 Tsd. € um 700 Tsd. € auf 14.083 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung , Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0274	Zuschüsse an die Hochschulen
Titel:	div.	Zuschuss zu den Personalausgaben / Sachausgaben der Hochschule für Künste

Die Anschläge werden für das Jahr 2018 nach Maßgabe des Ressorts um 700.000 € erhöht.

Die Anschläge werden für das Jahr 2019 nach Maßgabe des Ressorts um 700.000 € erhöht.

Erläuterung:

Der Wissenschaftsrat hat bei der HfK eine „kritische Ausstattungsuntergrenze“ festgestellt, die aktuell um 2,5 Professuren unterschritten wird. Um überhaupt wieder auf das Minimalziel der Ausstattungsuntergrenze zu kommen, sind 200.000 Euro p. A. notwendig. Weitere 500.000 Euro sind für den Grundhaushalt nötig, um das strukturelle Defizit ausgleichen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Grundhaushalt HS Bremerhaven erhöhen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.01	Hochschulen (Sonderhaushalte) (L)
Produktgruppe:	24.01.04	Hochschule Bremerhaven

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 13.590 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 16.590 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 13.669 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 16.669 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung , Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0274	Zuschüsse an die Hochschulen
Titel:	div.	Zuschuss zu den Personalausgaben / Sachausgaben der Hochschule Bremerhaven

Die Anschläge werden für das Jahr 2018 nach Maßgabe des Ressorts um 3.000.000 € erhöht.

Die Anschläge werden für das Jahr 2019 nach Maßgabe des Ressorts um 3.000.000 € erhöht.

Erläuterung:

Die Hochschule Bremerhaven braucht mehr Studierende, die Hochschule will wachsen. Das Ausbauziel liegt nach unserem Plan bei 5000 Studierendenplätzen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Gute Arbeit in der Wissenschaft“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.01	Hochschulen (Sonderhaushalte) (L)
Produktgruppe:	24.01.06	Hochschulübergreifende Angelegenh. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 43.788 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 48.788 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 43.449 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 48.449 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0273	Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen
Titel:	685 17-0 (neu)	Für Maßnahmen zur Verbesserung der Personalsituation an der Universität

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 5.000.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 5.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Mit diesen Mitteln können zusätzliche Grundmittel-finanzierte Stellen geschaffen und Übergänge von befristeten Drittmittelstellen in reguläre Beschäftigung ermöglicht werden. Außerdem zur Umwandlung von Lehraufträgen in sozialversicherungspflichtige Stellen, vorrangig in besonders betroffenen Fachbereichen (z.B. FB Musik an der HfK).

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Planungsmittel studentisches Wohnen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.04	Studierende (L)
Produktgruppe:	24.04.01	Studentenwerk Bremen (L)

Der Anschlag bei den investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 3.900 Tsd. € um 200 Tsd. € auf 4.100 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung , Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0273	Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen
Titel:	894 10-1	Zuschuss zu den Investitionen des Studentenwerkes Bremen

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 900.000 € um 200.000 € auf 1.100.000 € erhöht.

Erläuterung:

Bremen braucht 500 zusätzliche Plätze in den Immobilien des Studentenwerks um auf den Bundesschnitt des geförderten studentischen Wohnraums zu kommen. Mit diesen Planungsmittel soll ein weiterer Neubau vorbereitet werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Ausbau und Wiedereinrichtung von Studiengängen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	24	Hochschulen und Forschung
Produktbereich:	24.90	Zentrale Dienste (L)
Produktgruppe:	24.90.01	Senatorische Angelegenh. Wissenschaft(L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 675 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 2.175 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 792 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 3.792 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	02	Bildung, Kultur, Wissenschaft
Kapitel:	0273	Allgemeine Bewilligungen für Hochschulen
Titel:	685 18-9 (neu)	An die Hochschulen für das Programm „Ausbau von Studiengängen“

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 1.500.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 3.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

An der Universität müssen insgesamt mehr Studienplätze für Lehramtsstudierende eingerichtet werden, nicht nur im Bereich Inklusive Pädagogik. Außerdem muss das Land Bremen aber wieder die Ausbildung in den Fächern Sozialpädagogik, Sport und Arbeitsorientierte Bildung selbst vornehmen. Im Laufe des Sommers 2018 sind diese Fächer so weit aufzubauen, dass zum Wintersemester 2018/2019 in diesen Fächern studiert werden kann.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Förderung von Alleinerziehenden und von Entgeltgleichheit“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 1.625 Tsd. € auf 18.817 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 3.250 Tsd. € auf 20.442 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	548 10-3 (neu)	Globale Mehrausgaben für die Förderung von Alleinerziehenden und von Entgeltgleichheit

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 1.625.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 3.250.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Alleinerziehende sind eine entscheidende Zielgruppe für sozialen Zusammenhalt und Armutsbekämpfung. Es wird eine Koordinierungsstelle finanziert, Kinderbetreuung vorgehalten (auch flexible in Randzeiten), Bildungs- und Ausbildungsprämien sowie Teilzeitausgleiche ermöglicht. Ebenfalls aus diesem Titel wird die Einrichtung einer Beratungsstelle Entgeltgleichheit finanziert.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Programm Integrative Quartiere“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 6.500 Tsd. € auf 23.692 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 13.000 Tsd. € auf 30.192 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 20-1 (neu)	Zuschüsse für Programm Integrative Quartiere

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 6.500.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 13.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Die sozialen Stadtteilprojekte in den benachteiligten Quartieren stellen ein Rückgrat des sozialen Zusammenhalts und der Armutsbekämpfung dar. Ihr Bestand wird abgesichert durch ein Zuwendungsprogramm, das insgesamt 500 Stellen bezuschusst. Dies ist nicht an arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gebunden, so dass unbefristete Beschäftigung möglich ist. 20 Prozent der Mittel sind für Bremerhaven vorzusehen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Förderung von FAW e.V. (Frauen in Arbeit und Wirtschaft)“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 100 Tsd. € auf 17.292 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 100 Tsd. € auf 17.292 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 58-9	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 235.000 € um 100.000 € auf 335.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 235.000 € um 100.000 € auf 335.000 € erhöht.

Erläuterung:

Der Verein "Frauen in Arbeit und Wirtschaft" (FAW) berät Frauen in allen arbeitsmarktlichen Fragen und leistet damit einen Beitrag, die Chancengleichheit von Frauen im Berufs- und Wirtschaftsleben zu verbessern. Dafür ist die bisherige ausschließliche Projektförderung aus dem ESF nicht ausreichend. Erforderlich ist eine zusätzliche institutionelle Förderung aus Landesmitteln, um Kontinuität und Professionalität der Arbeit nachhaltig abzusichern und Finanzierungslücken zu vermeiden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Berufsbezogener Spracherwerb für geflüchtete Jugendliche“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 1.000 Tsd. € auf 18.192 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 2.000 Tsd. € auf 19.192 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 58-9	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 235.000 € um 1.000.000 € auf 1.235.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 235.000 € um 2.000.000 € auf 2.235.000 € erhöht.

Erläuterung:

Es gibt zu wenige Sprachkurse für Geflüchtete, insbesondere fehlen berufsbezogene Sprachkurse zum Erwerb des Sprachniveaus B1. Hierfür wird ein Programm im Rahmen des BAP geschaffen, das zur Hälfte aus dem ESF kofinanziert wird.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Ausbau der Einstiegsqualifizierung für ausbildungssuchende Jugendliche“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 1.600 Tsd. € auf 18.792 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 1.600 Tsd. € auf 18.792 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 58-9	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 235.000 € um 1.600.000 € auf 1.835.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 235.000 € um 1.600.000 € auf 1.835.000 € erhöht.

Erläuterung:

Einstiegsqualifizierungen (EQ) stellen heute eine Art vorgeschaltetes, zusätzliches Ausbildungsjahr dar. Das Instrument ist sehr wirksam, die Übernahmequote in Ausbildung hoch. Es gibt 2 Formen: Die EQ über das AFZ bei der FHB, und die EQ-Förderung der Arbeitsagentur für Betriebe. Beide sollen aufgestockt werden (Konzern Bremen + private Betriebe), insgesamt sollen 500 zusätzliche EQ-Plätze geschaffen werden. Die EQ-Förderung für private Betriebe soll sich vor allem auf Branchen konzentrieren, in denen das Sprachniveau B1 nicht zur Voraussetzung gemacht werden muss. Die Mittel werden zur Hälfte kofinanziert aus dem ESF im Rahmen des BAP.

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Angebote zum nachholenden Erwerb und zur Verbesserung von schulischen Abschlüssen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 1.600 Tsd. € auf 18.792 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 3.200 Tsd. € auf 20.392 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 58-9	Zuschüsse im Rahmen der Arbeitsmarktförderung des BAP (Programmmittel)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 235.000 € um 1.600.000 € auf 1.835.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 235.000 € um 3.200.000 € auf 3.435.000 € erhöht.

Erläuterung:

Viele Jugendliche (darunter auch viele geflüchtete Jugendliche) verlassen die Schule derzeit mit der Einfachen Berufsbildungsreife. Damit sind kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz verbunden. Ebenso machen viele Jugendliche die Erfahrung, dass sie mit einem Abschluss mit schlechten Hauptfach-Noten kaum weitergehende Bildungsmöglichkeiten haben. Träger kann die Erwachsenenschule ebenso sein, wie freie Bildungsträger. Für 2018 wird das halbe Jahr zugrunde gelegt.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Umsetzung der Ausbildungsgarantie durch geförderte Ausbildungsplätze“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 2.500 Tsd. € auf 19.692 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 22.192 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	684 71-6 (neu)	Zuschüsse im Rahmen der Förderung von Ausbildungsplätzen

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 2.500.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 5.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Damit die Ausbildungsgarantie tatsächlich allen Jugendlichen im Land Bremen einen Ausbildungsplatz garantiert, fehlen ca. 2.000 Neuverträge pro Jahr. Während die Zahl der dualen Ausbildungsplätze auf dem niedrigen Stand von 2013 verharrt (ca. 5.900 Neuverträge), nimmt die Zahl der Ausbildungssuchenden weiter zu, auch durch die Zuwanderung. In einem ersten Schritt werden 500 zusätzliche Neuverträge ab Ausbildungsjahrbeginn 2018/19 gefördert, vorrangig bei Betrieben, nachrangig in außerbetrieblicher Ausbildung.

Die weitere Steigerung der Zahl der Ausbildungsplätze soll dann durch die Einführung einer Landesausbildungsumlage bewirkt werden. Diese belastet Betriebe, die nicht oder unterdurchschnittlich ausbilden, und bezuschusst Betriebe, die überdurchschnittlich oder zusätzlich ausbilden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Förderung zukunftsorientierter Wirtschaftsstruktur“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	31	Arbeit
Produktbereich:	31.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)
Produktgruppe:	31.01.01	Beschäftigungspol. Aktionsprog. (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 17.192 Tsd. € um 6.000 Tsd. € auf 23.192 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 17.192 Tsd. € um 6.000 Tsd. € auf 23.192 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	03	Arbeit
Kapitel:	0305	Beschäftigungspolitisches Aktionsprogramm (BAP)
Titel:	892 15-7 (neu)	Zuschüsse für die Schaffung von zukunftsorientierten Arbeitsplätzen

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 6.000.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 6.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Die Wirtschaftsförderung des Landes wird ergänzt durch zwei Programme, die auf eine positive Bewältigung des laufenden Strukturwandels abzielen (Investitions-Zuschussförderung aus Landesmitteln):

- a) Digitalisierung in Klein- und Mittelbetrieben. Gefördert werden Maßnahmen, die Sachinvestitionen und MitarbeiterInnen-Qualifizierung verbinden.
- b) Förderung des inhabergeführten kleinen Einzelhandels und inhabergeführter, innovativer Kleinbetriebe in der Produktion

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Erstberatung für Asylverfahren“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.21	Landesaufgaben Soziales (L)
Produktgruppe:	41.21.01	Sozialleistungen Bereich Soziales (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 39.470 Tsd. € um 150 Tsd. € auf 39.620 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 35.642 Tsd. € um 150 Tsd. € auf 35.792 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend, Soziales, Integration
Kapitel:	0411	Leistungen für Asylbewerber in betreuten Aufnahmeeinrichtungen
Titel:	684 10-5	Zuwendungen für die Unterbringung und Betreuung von Zuwanderern

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 6.299.000 € um 150.000 € auf 6.449.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 4.070.000 € um 150.000 € auf 4.220.000 € erhöht.

Erläuterung:

Rechtsberatung für Geflüchtete muss so früh wie möglich und durch unabhängige Träger erfolgen, möglichst direkt nach Aufnahme in die Zentrale Aufnahmestelle (ZAST). Die eingestellten Mittel finanzieren diese Arbeit über eine Beratungspauschale.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Stellenerhöhung bei der Bremer Wohn- und Betreuungsaufsicht“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	41	Jugend und Soziales
Produktbereich:	41.91	Zentrale Dienste (L)
Produktgruppe:	41.91.03	Sen. Angelegenheiten - Soziales (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 3.397 Tsd. € um 400 Tsd. € auf 3.797 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 3.320 Tsd. € um 400 Tsd. € auf 3.720 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der Haushaltsplan wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	04	Jugend, Soziales, Integration
Kapitel:	0400	Behörde d. Sen. für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport
Titel:	428 63-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Soziales)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 1.548.490 € um 400.000 € auf 1.948.490 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 1.530.420 € um 400.000 € auf 1.930.420 € erhöht.

Erläuterung:

Wir fordern eine Ausweitung des Prüfauftrages der Wohn- und Betreuungsaufsicht auch auf alle ambulanten Pflegedienste. Dafür muss das Personal bei der Behörde um 10 Stellen aufgestockt werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Projektmittel Fachkräftesicherung GeNo“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	51	Gesundheit
Produktbereich:	51.03	Sicherstell. der Krankenhausversorg. (L)
Produktgruppe:	51.03.01	Krankenhausplanung, Investitionsförd.(L)

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 25.843 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 30.843 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 20.656 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 25.656 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	05	Gesundheit
Kapitel:	0520	Krankenhausfinanzierung
Titel:	526 20-0	Gutachterkosten und Bauprüfungen

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 15.050 € um 5.000.000 € auf 5.015.050 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 15.050 € um 5.000.000 € auf 5.015.050 € erhöht.

Erläuterung:

Die GeNo muss nach wie vor teure Leiharbeitskräfte in Anspruch nehmen, um die notwendige Besetzung mit Pflegepersonal sicherzustellen. Um diese Ausgaben zu reduzieren, ist die Etablierung eines Anreizsystems zur Sicherung eines Fachkräftepools im eigenen Personalstamm dringend erforderlich. Die hier eingestellten Mittel stellen Projektmittel als Zuschuss für die Entwicklung und Umsetzung eines entsprechenden Konzepts in der GeNo zur Verfügung.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Krankenhausinvestitionen erhöhen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	51	Gesundheit
Produktbereich:	51.03	Sicherstell. der Krankenhausversorg. (L)
Produktgruppe:	51.03.01	Krankenhausplanung, Investitionsförd.(L)

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 25.843 Tsd. € um 25.000 Tsd. € auf 50.843 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 20.656 Tsd. € um 25.000 Tsd. € auf 45.656 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	05	Gesundheit
Kapitel:	0520	Krankenhausfinanzierung
Titel:	div.	Kurzfristige, Mittel- und langfristige Investitionen an Bremer und Bremerhavener Krankenhäusern

Die Anschläge werden für das Jahr 2018 nach Maßgabe des Ressorts um 25.000.000 € erhöht.

Die Anschläge werden für das Jahr 2019 nach Maßgabe des Ressorts um 25.000.000 € erhöht.

Erläuterung:

Die Mittel für Investitionsförderung für die Kliniken in Bremen und Bremerhaven müssen deutlich erhöht werden, unter anderem, um die notwendigen Investitionen im KBO und LdW zu finanzieren.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Wohnungsaufsichtsgesetz umsetzen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.02	Fachbereich Bau und Stadtentwicklung (L)
Produktgruppe:	68.02.05	Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 6.418 Tsd. € um 300 Tsd. € auf 6.718 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 6.343 Tsd. € um 300 Tsd. € auf 6.643 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0680	Behörde d. Sen. für Umwelt, Bau und Verkehr
Titel:	422 22-2	Bezüge der planmäßigen Beamten (Stadtentwicklung/-planung/Bauordnung)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 1.605.160 € um 300.000 € auf 1.905.160 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 1.573.340 € um 300.000 € auf 1.873.340 € erhöht.

Erläuterung:

Das Wohnungsaufsichtsgesetz (BremWAG) existiert zwar auf dem Papier, wird aber nicht umgesetzt. Dabei gibt es sowohl in Bremen als auch in Bremerhaven eine zunehmende Anzahl von Schrottimmobilien, zu deren Kontrolle und Bekämpfung das BremWAG von der Bürgerschaft beschlossen wurde. Die hier eingestellten Mittel erlauben die Schaffung von sechs Stellen beim SUBV (Land), die zur Durchsetzung des BremWAG sowohl in Bremen (in Zusammenarbeit mit den städtischen Stellen zur Bauordnung) als auch in Bremerhaven (in Zusammenarbeit mit dem Bauordnungsamt) tätig werden sollen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „CO2-Reduktionsprogramm“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.03	Fachbereich Umwelt (L)
Produktgruppe:	68.03.01	Umweltwirt./Energie/Ressourcen (L)

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 3.915 Tsd. € um 1.000 Tsd. € auf 4.915 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Investiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 4.338 Tsd. € um 1.000 Tsd. € auf 5.338 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0601	Allgemeine Bewilligungen für Umwelt
Titel:	532 21-2	Maßnahmen zur Energieeinsparung (CO2-Reduktionsprogramm)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 0 € um 1.000.000 € auf 1.000.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 0 € um 1.000.000 € auf 1.000.000 € erhöht.

Erläuterung:

Bremen scheitert absehbar am eigenen, gesetzlichen Klimaziel. Mit diesem zusätzlichen Geld sollen vorhandene Projekte intensiviert werden.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Umsetzung des Bürgerantrags gegen Billigfleisch“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.03	Fachbereich Umwelt (L)
Produktgruppe:	68.03.03	Natur / Wasser / Landwirtschaft (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 4.685 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 6.185 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 4.837 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 6.337 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan wie folgt geändert:**

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0627	Umwelt- und Hochwasserschutz
Titel:	684 10-0	Biostadt

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 60.000 € um 1.500.000 € auf 1.560.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 60.000 € um 1.500.000 € auf 1.560.000 € erhöht.

Erläuterung:

Die eingestellten Mittel ermöglichen, dass der Bürgerantrag „Kein Billigfleisch mehr in der öffentlichen Gemeinschaftsverpflegung“ umgesetzt werden kann. Die Mehrkosten von ca. 17 Cent pro Essen werden durch Zuschuss aus diesem Posten ausgeglichen (bei 50.000 Essen pro Arbeitstag). Es können auch Umstellungskosten, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit daraus finanziert werden. Langfristig wird für alle öffentlichen Essens das Ziel 25-50-Null angestrebt, d.h. 25 % der Zutaten aus Bio-Produktion, 50% aus regionaler Produktion und null Prozent Fleisch, das nicht aus Bio-Produktion stammt.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Umweltbildung“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	68	Umwelt, Bau und Verkehr
Produktbereich:	68.03	Fachbereich Umwelt (L)
Produktgruppe:	68.03.04	Abwasserabgabe/Wasserentnahmegerühr (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 4.913 Tsd. € um 250 Tsd. € auf 5.163 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 4.043 Tsd. € um 250 Tsd. € auf 4.293 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	06	Umwelt, Bau und Verkehr
Kapitel:	0629	Wasserentnahmegerühr
Titel:	526 10-2	Maßnahmen zur Förderung der Umweltbildung

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 0 € um 250.000 € auf 250.000 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 0 € um 250.000 € auf 250.000 € erhöht.

Erläuterung:

Umweltbildung wird immer wichtiger. Aus diesen zusätzlichen Mitteln können Träger und Verbände Projekte finanzieren.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Doppelbesetzung an Grundschulen HB und BRHV“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.01	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)
Produktgruppe:	92.01.02	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 6.017 Tsd. € um 1.460 Tsd. € auf 7.477 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 23.582 Tsd. € um 3.500 Tsd. € auf 27.082 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0995	Allgemeines
Titel:	971 13-5 (neu)	„Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“ (neu)

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 1.460.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 3.500.000 € eingestellt.

Erläuterung:

In allen Grundschulen mit Sozialstufe 5 für mindestens 15 Wochenstunden pro Klassenverband eine Doppelbesetzung realisieren. 70 Stellen zusätzlich (LehrerInnen oder ErzieherInnen), ab 1.8.2018

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Sozialarbeit in den allgemeinen und berufsbildenden Schulen“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.01	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)
Produktgruppe:	92.01.02	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 6.017 Tsd. € um 4.300 Tsd. € auf 10.317 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 23.582 Tsd. € um 4.300 Tsd. € auf 27.882 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0995	Allgemeines
Titel:	971 13-5 (neu)	„Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 4.300.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 4.300.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Schulsozialarbeit ist bei einer immer diverseren Schüler*innenschaft ein unverzichtbarer Bestandteil des Schulalltags, an jeder Schule muss eine entsprechende Stelle vorhanden sein. 100 Stellen für beide Stadtgemeinden, allg. und berufl. Schulen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Erhöhung Anzahl Inklusionspädagog*innen“**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.01	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)
Produktgruppe:	92.01.02	Allgemeine Finanzen - Sonstiges (L)

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2018 von 6.017 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 11.017 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den sonst. konsumtiven Ausgaben wird für das Jahr 2019 von 23.582 Tsd. € um 5.000 Tsd. € auf 28.582 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0995	Allgemeines
Titel:	971 13-5 (neu)	„Globale Mehrausgaben Verstärkungsmittel Bildung“

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2018 von 5.000.000 € eingestellt.

Es wird ein Anschlag für das Jahr 2019 von 5.000.000 € eingestellt.

Erläuterung:

Die vom Senat angenommene Quote von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf liegt derzeit bei 7,2 Prozent, real haben inzwischen aber bis zu 11 Prozent der Kindern einen Förderbedarf. Daher müssen dringend zusätzliche Inklusionspädagog*innen eingestellt werden, der Bedarf wird auf 100 Stellen beziffert.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE „Aufhebung PeP-Quote“

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2018 und 2019

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

I. Der **Produktgruppenhaushalt** wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	92	Allgemeine Finanzen
Produktbereich:	92.02	Zentral veranschl. Personalausgaben (L)
Produktgruppe:	92.02.03	Globale Mehrausgaben Personal (L)

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2018 von 49.775 Tsd. € um 1.500 Tsd. € auf 51.275 Tsd. € erhöht.

Der Anschlag bei den Personalausgaben wird für das Jahr 2019 von 80.593 Tsd. € um 3.000 Tsd. € auf 83.593 Tsd. € erhöht.

II. In konkreter Umsetzung wird der **Haushaltsplan** wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Einzelplan:	09	Finanzen
Kapitel:	0990	Zentral veranschlagte Personalausgaben
Titel:	461 03-1	Globale Mehrausgaben (sonstige personalwirtschaftliche Verpflichtungen und Risiken)

Der Anschlag wird für das Jahr 2018 von 9.177.540 € um 1.500.000 € auf 10.677.540 € erhöht.

Der Anschlag wird für das Jahr 2019 von 10.313.850 € um 3.000.000 € auf 13.313.850 € erhöht.

Erläuterung:

Auch wenn einige große Ressorts bereits von der PEP-Quote ausgenommen sind, soll in anderen Bereichen in 2018 und 2019 Personal in Höhe von je 30 Vollzeitstellen abgebaut werden. Auch dieser Abbau wird jedoch die Funktionsfähigkeit der betroffenen Dienststellen weiter senken und soll deshalb bereits ab 2018 ausgesetzt werden. Die zusätzlich notwendigen Personalmittel in Höhe von 1,5 Mio. €/Jahr werden in den globalen Mehrausgaben für Personal (Land) eingestellt und im Haushaltsvollzug den betroffenen Dienststellen zugewiesen.

Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE